

„Friss oder stirb“

Der Staat will Unternehmen mit Kreditgarantien aus der Krise helfen. Doch die Banken spielen nicht einfach so mit. Laut vertraulichen Berichten der staatlichen Förderstelle AWS beschwerten sich im April Tausende Unternehmer telefonisch über ihre Hausbank und die Bürokratie.

VON CHRISTINA HIPTMAYR, STEFAN MELICHAR
UND MICHAEL NIKBAKHS

Schnell, unbürokratisch, umfassend: Das war der Anspruch, den die Bundesregierung an ihre „Überbrückungsgarantien“ gestellt hatte. Mit Verkündung des Lockdowns am 15. März war ein staatliches Hilfsprogramm angelaufen, das gerade kleinen und mittleren Unternehmen Zugang zu plötzlich dringend benötigter Liquidität ermöglichen sollte. Um Umsatzausfälle zu mildern, können Wirtschaftstreibende seither Betriebsmittelkredite bei ihrer Hausbank ziehen, für welche der Staat im Wege der Austria Wirtschaftsservice GmbH (AWS) bürgt. Das AWS-Programm wurde in den vergangenen Wochen mehrfach adaptiert, mittlerweile garantiert der Staat auf fünf Jahre 100 Prozent der Kreditsumme (gedeckelt mit 500.000 Euro, für Kredite bis 27,7 Millionen Euro sind es 90 Prozent).

Der Bedarf war offensichtlich vorhanden. Auf profil-Anfrage teilte die AWS (wahlweise auch das) vergangene Woche mit, dass mit Stand 6. Mai, 12.00 Uhr, insgesamt 8400 Unternehmen Kredite in einer Höhe von 1,9 Milliarden Euro gezogen hatten, wovon 1,6 Milliarden Euro mit AWS-Garantien unterlegt waren. Weitere 730 Anträge mit einem Garantievolumen von 320 Millionen waren in Bearbeitung.

Diese Zahlen erzählen allerdings nur einen Teil der Geschichte. Der andere Teil lässt sich über Unternehmer erzählen, die sich in den vergangenen Wochen in der profil-Redaktion meldeten, um von Schwierigkeiten mit der Hausbank zu erzählen. Die Bank sei – staatliche Garantien hin oder her – nicht gewillt, neue Kredite ohne zusätzliche Sicherheiten zu gewähren, hieß es immer wieder. Und wenn doch, dann nur unter grimmigen Auflagen. „Eine unserer Beteiligungen erfüllt alle Kriterien, das wurde vom Wirtschaftsprüfer auch so bestätigt. Dennoch bekommt sie den garantier- ▶

sie eine wesentlich niedrigere Staatsverschuldung und eine höhere Innovationsquote haben als wir. Wenn man diesen Weg so geht, könnte man stärker aus der Krise kommen, als man hineingegangen ist. Aber das setzt natürlich voraus, dass man es klug macht und nicht mit der Gießkanne Geld verteilt und sagt: Wer zuerst schreit, der kriegt.

profil: Was entnehlen Sie den bisherigen Ankündigungen der Regierung?

Kapsch: Die staatlichen Investitionen werden sich am Green Deal orientieren. Aber sonst habe ich eigentlich nicht so viele konkrete Beispiele oder Vorhaben gesehen oder gehört. Es geht alles in Richtung Infrastruktur.

profil: Wie beurteilen Sie den von der Bundesregierung am 15. März verfüigten Lockdown?

Kapsch: Die Lockdown-Maßnahmen waren meiner Meinung nach so nicht notwendig. Die Maßnahmen wurden zu einem Zeitpunkt gesetzt, als die Epidemie bereits im Abschwung war, dazu gibt es mittlerweile Studien. Ich verweise unter anderem auf die Arbeit von John Ioannidis von der Stanford University, der bekannt dafür ist, sehr akkurat zu arbeiten. Mein Vorwurf an die österreichische Bundesregierung und andere Regierungen in Europa ist, dass man sich einseitig beraten ließ. Die Debatte darüber, was sinnvoll ist und was nicht, ist meiner Meinung nach nicht ausreichend geführt worden. Für mich persönlich ist es auch eine schlimme Erkenntnis, dass man Menschen in kurzer Zeit von Dingen überzeugen kann, die aus meiner Sicht jeder Faktenbasis entbehren. Dass Menschen heute mit Maske im Auto fahren, allein darin sitzend, das spricht doch Bände.

profil: Bundeskanzler Kurz hat den Lockdown damit gerechtfertigt, dass eine ungebremste Reproduktion des Virus das Gesundheitssystem zusammenbrechen lassen und bis zu 100.000 Tote fordern würde.

Kapsch: Und auf welcher Grundlage?

profil: Ein mathematisches Modell, über dessen Zustandekommen man diskutieren kann und muss.

Kapsch: Genau. Wie ich schon sagte: Meiner Meinung nach war die Beratung sehr einseitig, und alle anderen wurden weniger gehört. Es muss doch dem einzelnen Menschen überlassen sein, ob er seine Enkerl sehen will oder nicht. Das kann ich doch nicht staatlich vorschreiben. Ich habe das in einem Kommentar in der „Presse“ geschrieben und stehe auch dazu: Es geht hier nicht um Wirtschaft gegen Gesundheit. Es geht um die Frage Leben versus Leben. Wir schützen Leben und gefährden damit überproportional andere Leben. Ich gebe zu bedenken, dass das Durchschnittsalter der Verstorbenen bei 80 Jahren liegt und es kaum jemanden gab, der nicht zumindest eine schwere Vorerkrankung hatte.

profil: Wer wird Ihr Nachfolger an der Spitze der Industriellenvereinigung?

Kapsch: Es ist ja kein Geheimnis mehr, dass ich Georg Knill favorisiere. Aus meiner Sicht vereint er Integrität, Unabhängigkeit und unter anderem in- und ausländische unternehmerische Erfahrung.

INTERVIEW: MICHAEL NIKBAKHS

„Wirtschaft ist auch Stimmungssache. Wenn die Stimmung schlecht ist, wird weniger konsumiert, produziert und investiert.“

ten Kredit nicht, beziehungsweise hat die Bank absurde, nicht annehmbare Zusatzbedingungen gestellt“, erzählt der Wiener Unternehmer und Investor René Berger stellvertretend für andere. „Wir müssen wohl die Bank wechseln oder es dank vorhandener Ressourcen schaffen. Aber bei vielen anderen, sehr guten Unternehmen könnte bald das Licht ausgehen.“

Einzelfälle? profil wurden nun AWS-interne Auswertungen zugespielt, die auf ein strukturelles Problem schließen lassen. Es handelt sich um wöchentliche „Informationsberichte“, welche die AWS laufend an das Kabinett von Finanzminister Gernot Blümel übermittelt. Darin wird die „Stimmung in der Unternehmerschaft“ auf Basis von Anrufen bei den AWS-Hotlines erhoben.

Die profil vorliegenden Berichte decken die Kalenderwochen 16 bis 18 ab, also den Zeitraum von Mitte bis Ende April. In diesen drei Wochen registrierte die AWS insgesamt 5170 Anrufe von Unternehmern, die zum überwiegenden Teil von „großen“ bis „existenzbedrohenden Sorgen“ erzählten, wie es in den Berichten heißt. Annähernd die Hälfte der Unternehmer meldete Schwierigkeiten bei der Kreditbeschaffung, gut ein Drittel hatte Probleme mit dem Papierkram.

Die Beschwerden sind in den Berichten kursorisch angeführt: *„Unternehmer fühlen sich teilweise den Banken ‚ausgeliefert‘, ‚Friss-oder-Stirb-Prinzip‘; Keine Kreditgewährung trotz Vorliegen aller Voraussetzungen für eine AWS-Garantie; Kreditgewährung nur mit zusätzlichen Sicherheiten trotz 100% AWS-Garantie; Kreditgewährung nur mit zusätzlichen Bearbeitungsgebühren, die bei alten ‚normalen‘ Krediten nicht verrechnet wurden; Bank weigert sich, trotz Erfüllung aller Voraussetzungen, die 100% Garantie zu nehmen, sondern drängt Unternehmer zu 80%-Garantie oder 90%; Persönlicher Bankberater nicht erreichbar, kein Rückruf und Kontakt seit teilweise zwei Wochen; Bank vergibt bei ausreichend Sicherheiten nur einen ‚normalen‘ Kredit mit höheren Zinssätzen und keinen Kredit mit AWS-Garantie und niedrigeren Zinssätzen. Grund, der von manchen Banken offen kommuniziert wird: zu viel Aufwand mit AWS und zu wenig Ertrag; Ablehnung von Krediten, da Bank durch eigene Berechnung auf schlechtere Vermögenswerte kommt als Steuerberater des Unternehmers; Vor allem kleinere Unternehmen haben Probleme bei der Feststellung, ob sie die Voraussetzungen für gewisse Zuschüsse erfüllen; Schwierigkeiten, die vorhandenen bereitgestellten Tools korrekt zu verwenden – nur mit Hilfe von Steuerberater für viele möglich; Warum muss*



APACHEMITH/EPHÄNGER

GERNOT BLÜMEL
„Informationsdefizite über die staatlichen Maßnahmen“

überhaupt ein komplexer Antrag gestellt werden? Wieso kein Antrag, der für den Durchschnittsunternehmer auch ohne die Hilfe vom Steuerberater ausfüllbar ist?; Steuerberater nicht erreichbar, weil überlastet.“

profil fragte im Finanzministerium nach. Ein Sprecher von Ressortchef Blümel antwortete: „Das Feedback deckt sich mit Rückmeldungen, die wir in den vergangenen Wochen aus der Wirtschaft erhalten haben und teilweise leider immer noch erhalten. Dem Bundesminister waren von Beginn an die Erfahrungen aus der Praxis und ein Monitoring der Rückmeldungen sehr wichtig, um auf Probleme entsprechend reagieren zu können. Auch wenn sich die Situation betreffend der Kreditvergabe zuletzt deutlich verbessert hat, erwarten wir uns von den Banken rasche und unbürokratische Abwicklungen, damit die staatlich garantierten Kredite rasch in den Unternehmen ankommen. Diesbezüglich sind wir in laufenden Gesprächen mit dem Bankensektor.“ Laut dem Ministersprecher „deckt

sich die Entscheidung in der Filiale vor Ort in vielen Fällen nicht mit den Vorstands-Ankündigungen oder es gibt Informationsdefizite über die staatlichen Maßnahmen, wohl auch aufgrund der Komplexität der Situation“.

Das erlebt auch Gerald Zmuegg vom Beratungsunternehmen „Finanzombudsmann“: „Unsere Experten haben in den vergangenen acht Wochen rund 250 Unternehmen bei notwendig gewordenen Überbrückungskrediten beziehungsweise bei Maßnahmen zum Liquiditätsaufbau begleitet. Durch die neue Gesetzeslage erleben wir ein Abwälzen des Risikos vom AWS auf die Banken und von den Banken auf die Unternehmen.“

Zmuegg erklärt das Problem so: „Obwohl das AWS bis zu 100 Prozent der Kreditsumme garantiert, versuchen Banken unter einem bestimmten Rating, zusätzliche Sicherheiten von den Unternehmen zu bekommen. Dies aus Sorge, dass das AWS bei einem Ausfall im Nachhinein die Garantie aberkennt und die Bank auf dem

Schaden sitzen bleibt.“ Auch werde die Erwartung der Unternehmen, dass es zu einer schnellen Auszahlung beziehungsweise Bewilligung kommt, „in vielen Fällen enttäuscht, da die Banken nunmehr Planungsziffern und wirtschaftliche Eckdaten so überprüfen, als würde es sich um einen Kredit ohne Sicherheiten handeln.“

Unternehmen, die wirtschaftlich „nicht gesund“ seien, könnten mittlerweile zwar ansuchen, hätten in der Praxis jedoch in den seltensten Fällen eine Chance, die Bankprüfung zu bestehen. Gesunde Unternehmen wiederum müssten mit einer zeitintensiven Prüfung, mit zusätzlichen Sicherheiten und mit schlechteren Konditionen rechnen. „Es ist keinem Unternehmen zumutbar, dass es trotz einer AWS-Garantie für einen Kredit, den es unverschuldet benötigt, zusätzliche Sicherheiten stellen oder schlechtere Konditionen in Kauf nehmen muss“, sagt Zmüegg.

Beim AWS verweist man auf profil-An-

tung von 300 bis 600 Millionen Euro bedeuten. Die Einschätzung erfolgte aufgrund damaliger Voraussagen. Die Wirtschaftsprognosen haben sich seit Ende März jedenfalls eher noch verschlechtert.

Und was sagt nun der Kreditsektor dazu? profil fragte nach bei Franz Rudorfer, dem Geschäftsführer der Bundessparte Bank und Versicherung der Wirtschaftskammer: „Es ist richtig, dass die Voraussetzungen für die 100-Prozent-Garantie bei Krediten von bis zu 500.000 Euro teilweise komplex waren und deren verpflichtende Prüfung durch die Banken herausfordernd und vor allem zeitlich aufwendig war. Hintergrund war unter anderem, dass Banken neben den Garantiebedingungen auch aufsichtsrechtliche Vorgaben einzuhalten haben, auch wenn es hier seitens der Aufsicht erfreuliche Flexibilität gibt.“ Zudem hätten die unterschiedlichen Garantieinstrumente teilweise auch unterschiedliche Ausgangspunk-

von 17 Milliarden Euro vergeben und über 140.000 Kredite von Unternehmen verschiedener Branchen und Größe „freiwillig gestundet“.

Den Vorwurf, dass Banken sich an zusätzlichen Bearbeitungsgebühren bereichern würden, lässt er freilich nicht unwidersprochen: „Die Institute müssen vor allem interne Bearbeitungs- und Refinanzierungskosten abdecken und sind bemüht, sich an einer angemessenen Bandbreite zu orientieren.“

Das nehmen die betroffenen Unternehmer offenbar anders wahr.

Nur hinter vorgehaltener Hand berichten Banker ihrerseits von latenten Vorbehalten gegenüber staatlichen Garantienversprechen. Und das hat mit dem Kollaps des Baukonzerns Alpine 2013 zu tun. 2009/2010 hatte die Republik aus dem sogenannten ULSG-Programm Haftungen für Alpine-Bankkredite in einer Höhe von 180 Millionen Euro übernommen (profil

Aus den Beschwerden der Unternehmer bei der AWS

„Kreditgewährung nur mit zusätzlichen Sicherheiten trotz 100% AWS-Garantie; Kreditgewährung nur mit zusätzlichen Bearbeitungsgebühren“

„Ablehnung von Krediten, da Bank durch eigene Berechnung auf schlechtere Vermögenswerte kommt als Steuerberater des Unternehmers“

„Bankberater nicht erreichbar; Steuerberater nicht erreichbar“

frage darauf, dass die Garantiemaßnahme „von der Wirtschaft sehr gut angenommen worden“ sei. Für das AWS sei es von Anfang an entscheidend gewesen, „dass es gemeinsam gelingt, den Prozess für eine rasche Abwicklung zu optimieren“. Durch bestimmte Maßnahmen sei es „zu einer massiven Beschleunigung“ gekommen.

Dass man das Ausfallrisiko auf die Banken abwälzen würde, bestreitet man bei der Förderinstitution: „Das Risiko, dass der Kredit nicht zurückgezahlt werden kann, liegt mittlerweile bei den 100-Prozent-Garantien ausschließlich beim Staat.“

Welche Ausfälle die AWS erwartet, wollte man auf Anfrage nicht beziffern. profil-Informationen zufolge wurde jedoch bei einer AWS-Aufsichtsratssitzung am 26. März 2020 damit gerechnet, dass in den kommenden Jahren zwischen 15 und 30 Prozent der Überbrückungsgarantien schlagend werden könnten. Bei einem Gesamtvolumen von zwei Milliarden Euro würde das demnach eine Belas-

te. „Insgesamt führte dies in manchen Fällen tatsächlich dazu, dass die gewünschte Finanzierung nicht so rasch vergeben werden konnte, wie erwartet“, so Rudorfer. Der Kreditwirtschaft sei bewusst, dass gerade bei kleineren Unternehmen jeder Tag zähle, und sie werde alles daransetzen, die Anträge so rasch wie möglich zu erledigen.

Zudem wurde das Verfahren kürzlich geändert, was zu einer weiteren Beschleunigung bei der Kreditvergabe führen soll. Unternehmen erklären mit ihrem Antrag, dass sie die Voraussetzungen für die staatliche Garantie erfüllen. „Die Banken müssen künftig lediglich die Plausibilität der Angaben prüfen, nicht jedoch die Einhaltung der Garantievoraussetzungen“, erklärt der Bankenvertreter. Um Missbrauch zu verhindern, seien entsprechende Kontrollen im Nachhinein vorgesehen, unrichtige Angaben würden sanktioniert.

Laut Rudorfer haben die heimischen Banken in den ersten sechs Wochen der Corona-Krise Kredite in einem Ausmaß

SORGENTELEFON

Mehr als 5000 Anrufe in drei Wochen

berichtete ausführlich). Zum Zeitpunkt der Konkurseröffnung waren davon 151 Millionen Euro bei sieben Banken offen, darunter Bank Austria, Erste Bank, Bawag, Raiffeisen International und Raiffeisen Oberösterreich. Eine Woche nach der Zahlungsunfähigkeit forderten die Banken die Garantien ein, doch der Staat verweigert bis heute die Erfüllung – mit Hinweis darauf, dass die Situation der Alpine in den Verhandlungen 2009/2010 deutlich besser dargestellt wurde, als sie tatsächlich war.

Die involvierten Banker hätten, so die Haltung der Republik (vertreten durch die Finanzprokuratur), um die existenziellen Nöte der Alpine gewusst, dies aber verschwiegen, um so einen Teil ihres Risikos auf die Steuerzahler abzuwälzen – was seitens der Banken energisch in Abrede gestellt wird. Im November 2013 klagten die sieben Kreditgeber die Republik auf besagte 151 Millionen Euro plus Zinsen.

Der Rechtsstreit ist bis heute nicht entschieden. ■